

## NEIN ZUM KRIEG GEGEN SYRIEN!



Antikriegstag am 1. September 2013:



### Schöneberger Robert-Blum-Gymnasium erhält Aachener Friedenspreis –

Azize Tank und DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg gratulieren.

Am Sonntag wurde das Schöneberger Robert-Blum-Gymnasium mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet. Die Schulkonferenz des Gymnasiums hatte bereits vor Jahren beschlossen, keine Werbung der Bundeswehr zuzulassen und die Bundeswehr nicht mehr in den Unterricht einzuladen. Das Robert-Blum-Gymnasium und eine weitere Schule in Offenbach nahmen den Preis auch stellvertretend für weitere Schulen entgegen, die seither ebenfalls solche Beschlüsse gefasst haben. Azize Tank, Direktkandidatin für DIE LINKE in Tempelhof-Schöneberg, erklärt dazu: „Ich gratuliere den LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern zu diesem Preis. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für eine friedliche und friedliebende Gesellschaft. Das unterstütze ich mit voller Kraft. Wir sind stolz, dass unser Bezirk dank euch auf so positive und vorbildliche Weise Schlagzeilen macht.“

## Open Air auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz,

### 16. September 2013, 16 Uhr



**Gregor Gysi, Spitzenkandidat DIE LINKE für den Bundestag; Azize Tank, Marlene Cieschinger, Monika Merk, Ruben Lehnert, Lampros Savvidis, und Hakan Taş, DirektkandidatInnen für den Bundestag.**

Jazz mit „Blizza“, dem Orgeltrio aus Berlin, und **Holger Burner**, Hip-Hop.

Ab **18.30 Uhr** Feier mit **Gregor Gysi** in der Gaststätte **Leydicke**, Mansteinstr. 4 (S-Großgörschenstraße)!

**DIE LINKE.**

**Ich gehe wählen, weil Interventionen, Kriege und Waffeneinsätze verhindert werden müssen! DIE LINKE!**

## Rathaus öffnen

Hier kurze Hinweise, wie man (derzeit) die Rathaus-Politik im Bezirk direkt beeinflussen kann. Der Arbeitskreis Kommunales und die Verordnenen von DIE LINKE beraten und unterstützen Sie/Dich gerne dabei.

**Einwohnerfragen zur BVV:** Zu jeder BVV-Sitzung können Einwohnerinnen und Einwohner am Anfang der Sitzung Anliegen öffentlich machen und eine Antwort vom Bezirksamt abfordern.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba.tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/frage.html>

## Bürgerbegehren und Bürgerbescheid:

Grundsätzlich sind Bürgerbegehren zu allen Themenbereichen möglich, in denen die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlussberechtigt ist. Näheres: [http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/info/mehr\\_demokratie.html](http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/info/mehr_demokratie.html)

## Eingaben und Beschwerden:

Probleme mit Entscheidungen der Verwaltung können als Petition an den BVV-Ausschuss eingereicht werden.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/formular.php>

## Bürgerbeteiligung bei Bebauungsplänen:

Bei neuen Bebauungsplänen sind Interventionen möglich.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/organisationseinheit/planen/bebauungsplaene.html>

## BVV-Sondermittel:

„Zuschüsse für Vereine, Bürgerinitiativen und Projekte aller Art“.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/wissen.html>

# Gegen-Verdrängung



10. August 2013: Nachbarn der Crellestr. 22a "Crellekiez-Zukunft" begrüßten Azize Tank und Gregor Gysi: "Hier SOLLTE(!) ein Spielplatz entstehen..." Siehe auch Seite 3.

## Teilerfolg für bezahlbare Mieten und gegen Verdrängung

Ob es an den Wahlen liegt: Die Nachrichten überschlagen sich, die einen besseren Schutz für Mieter versprechen. Nicht alles ist belastbar und der Schutz ist auch begrenzt, solange nicht auf Bundesebene Mietbegrenzungen durchgesetzt werden können und höhere Mittel für die Ausdehnung des Sozialen Wohnungsbaus bereitgestellt werden. Verschiedenes ist da an der CDU/CSU/FDP gescheitert: so die Begrenzung von Mietsprüngen bei Mieterwechsel. Und bei energetischen Modernisierungsmaßnahmen können nun Mieter trotz extremer Baubelastungen ihre Miete 3 Monate lang nicht mehr mindern, anschließend aber 11% jährlich an Umlage für die Kosten bezahlen.

## Klagerecht wegen Mietwucher

Senator Müller hat im Juli vollmundig verkündet, dass mit der Feststellung des "angespannten Wohnungsmarkts" in Berlin Mieter wieder gegen Mietwucher vorgehen können. Neben der individuellen Klagemöglichkeit hat der Senator auf Unterstützung und Kontrolle durch die Bezirke verwiesen. Leider weisen die Bezirke mit Recht darauf hin, dass diese neuen Aufgaben nicht zu zusätzlichen Stellen bei den Personalvorgaben führen. Es müssten also aus anderen unterbesetzten Bereichen Stellen umgesetzt werden. Viel Hilfe ist ohne Personal da nicht zu erwarten!

## 10 Jahre Schutz vor Eigenbedarfskündigung

Die zunehmende Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen führt dazu, dass Eigentümer möglichst schnell die Wohnungen selbst beziehen wollen oder später zu neuen Bedingungen wieder vermieten wollen. Jetzt wurde der Schutz für Mieter, die während des Verkaufs dort wohnen, auf 10 Jahre ausgedehnt. Dies hatte DIE LINKE im Abgeordnetenhaus schon 2011 gefordert und wurde damals von der SPD blockiert. Weitergehender Schutz verweigert im Senat nun die CDU: In "Milieuschutzgebieten" wird gefordert, dass die Umwandlung von Wohnungen

genehmigungspflichtig wird. Senator Müller (SPD) bereitet eine solche Verordnung vor, CDU und Immobilienverbände bekämpfen dies aber als "investitionshemmend".

## Widerstand in Tempelhof-Schöneberg

### wirkt

Mit der Auseinandersetzung um das Gebäude Barbarossastraße 59 (mittlerweile von HOCHTIEF abgerissen - hochwertige Eigentumswohnungen im Bau) verschärfte sich auch die Debatte und der Widerstand gegen "Gentrifizierung" in Nord-Schöneberg. DIE LINKE hatte das früh aufgegriffen und Mieter unterstützt. Weitere Vorhaben zum Abriss von einfachen 60er-Jahre-Bauten und das Bestreben, höherwertige Gebäude mit Eigentums-

wohnungen zu errichten, wurden seitdem bekannt (so Schwäbische Straße 7a/7b, Ansbacher-/Ecke Lietzenburger Straße, weitere in der Barbarossastraße). Initiativen der Bezirksverordneten von DIE LINKE in der BVV und ein Umdenken bei SPD und Grünen führten zu Neubewertungen. So wurden die "Leitlinien zur planungsrechtlichen Beurteilung" neu bewertet und "entschärft". Das Bezirksamt beschloss eine Neufassung (Drs. 0713). Bisher hatten Investoren darauf rechnen können, dass Abrisspläne von intakten einfachen Wohnhäusern positiv bewertet wurden, wenn anschließend Neubauten mit höherer Grundstücksausnutzung ("Verdichtung") und größerer Wohnfläche entstehen sollten. Ein Einstieg für die Spekulation mit den zahlreichen Wohnblocks südlich des KaDeWe, in dessen Umkreis mittlerweile 5-stellige Quadratmeterpreise für Eigentumswohnungen verlangt werden können (100 qm für 1 Million € und mehr sind keine Seltenheit).

## (Soziale) Erhaltungssatzungen für Nord-Schöneberg

Im Herbst 2012 hatten die Verordneten von DIE LINKE die Initiative ergriffen, Soziale Erhaltungssatzungen ("Milieuschutz") für Nord-Schöneberg zu fordern, was zu einem gemeinsamen Antrag mit Grünen und SPD führte (Drs. 0454). Jetzt liegt ein umfangreicher Untersuchungsbericht vor, der entsprechende Maßnahmen begründet. Für große Teile Nord-Schönebergs ist nun "die Einleitung eines Verfahrens für eine Erhaltungsverordnung" (§ 172 BauGB) formell beschlossen worden: Barbarossaplatz/Bayerischer Platz (Drs. 0798) und Großgörschenstraße/Kaiser-Wilhelm-Platz (Drs. 0800). Am Ende wird dabei kein umfangreicher Schutz gegen Mietsteigerungen herauskommen. Aber Mieter, die sich gegen Luxusmodernisierungen und Umwandlungen wehren, können dann wieder vom Bezirk Schutz einfordern. Bestimmte Vorhaben der Eigentümer werden genehmigungspflichtig und können versagt werden.

BV H. Gindra



# BVV am 21. August 2013

## Zukunft der Kolonie Neuköllner Berg ist weiterhin unsicher

Die Antwort auf eine Bürgeranfrage bezüglich der Gartenkolonie Neuköllner Berg, zu den Planungen des Senats und zu dem geplanten Brückenbau gibt wenig Hoffnung auf Erhalt der Gartenkolonie. Im Masterplan des Senats sei die besagte Fläche als Baufläche für Gewerbe und Wohnen dargestellt, so Stadträtin Klotz (Grüne). Mit dem Bau der Brücke werde wahrscheinlich nicht vor 2015 angefangen. Aber noch ist das Volksbegehren der Bürgerinitiative 100% Tempelhofer Feld, das am 14. September seine 2. Stufe der Unterschriftensammlung startet, nicht abgeschlossen. Bei einem erfolgreichen Volksentscheid könnten alle Pläne zur Bebauung und somit die Einverleibung der Kolonien Tempelhofer und Neuköllner Berg hinfällig werden. DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Kolonie und hat hierzu einen Antrag (Drs 792) gestellt, der demnächst im Ausschuss beraten wird.

## Keine Einwohnerversammlung zum Stadtentwicklungsplan (StEP) Wohnen

Sichtlich genervt waren Grüne und SPD vom Antrag der Piraten (Drs 745), eine Einwohnerversammlung zum StEP Wohnen durchführen zu wollen. Danach sollten vier Versammlungen einberufen werden, die die Aktualisierung der Bereichsentwicklungspläne erörtern sollten. Für die Zählergemeinschaft SPD und Grüne ist das Thema mit dem Wohnungsmarktbericht (Potential für über 3.328 Wohneinheiten ist demnach verfügbar) erledigt. Einwohnerstellungen wären im Vorfeld möglich gewesen, außerdem habe der Bezirk wenige Ressourcen für die Vorbereitung und Durchführung solcher Veranstaltungen. Mit 27 Nein-Stimmen und 24 Ja-Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Im Sinne von Bürgerbeteiligung

und Demokratieverständnis gibt es noch einigen Nachholbedarf, denn Bürgerinnen und Bürger wollen nicht einfach nur Pläne vorgesetzt bekommen, man sollte sie aktiv, bevor Baumentscheidungen getroffen werden, mit in die Planungen einbeziehen.

## Crellestrasse 22a: Bezirksamt ist in Erklärungsnot

In ihrer Großen Anfrage wollte die CDU (Drs. 782) vor allem wissen, wie es nun weiter geht auf dem Grundstück Crellestraße 22a. Das Oberverwaltungsgericht hatte zunächst, gegen die Absicht des Bezirksamts, die Fällung der drei Linden gestoppt, die zur effektiveren Ausnutzung des geplanten Bauprojekts geopfert werden sollen. 20 000 Euro täglich könnte der Investor für das Nichtfällen der drei Linden am 2. Juli geltend machen. Für das Bezirksamt kommen noch die Kosten des Polizeieinsatzes hinzu. Es geht aber auch um den Erhalt der Böschungsvegetation, der Eigentümer ist hier das Bezirksamt. Es sei nicht wirklich etwas schief gelaufen, aber vieles falsch gemacht worden, so Gindra (DIE LINKE). Das sahen auch viele Verordnete der CDU und Piraten so. Nicht nur, dass die Genehmigung unter dubiosen Umständen auf den Weg gebracht wurde, es ist auch die Baumasse selbst, die nun öffentliches Ärgernis erregt. Das Gebäude wird um ein Drittel größer als geplant. Stadträtin Klotz (Grüne) verteidigte sich in ihrer Beantwortung: Sie habe gar nicht anders handeln können. Was die Böschung betrifft, so sollte diese unangetastet bleiben, es gebe eine klare Grenzziehung, woran sich der Nachbar, der Investor, allerdings nicht hält. Mitgebrachte Fotos für die Verordneten belegen dies. Offensichtlich wurde der BVV-Beschluss zum Erhalt der Böschung ignoriert. Das Bezirksamt muss nun handeln.

*Elisabeth Wissel*

## Unsere Bezirksverordneten



**Elisabeth Wissel**

**Telefon:** 01577 34 62 721  
wissel.elisabeth@googlemail.com



**Harald Gindra**

**Tel:** 01525 45 25 000  
Linke.bvv.ts@googlemail.com

*Termine nach telefonischer Vereinbarung*

**Büro und Erreichbarkeit im Rathaus Schöneberg,**

Raum 2115

**Tel:** 030/ 90 2 77 4898

**Sprechstunde:**

Mittwochs 15 - 17 Uhr

**Arbeitskreis**

**Kommunales (AKK)**

In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der AKK unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.

**Akk-Termine:**

Sitzungsvorbereitung:

Fr. 19.07., um 18 Uhr, u.

am Mo. 16.09., 21.10. um

19 Uhr im Rathaus Schöneberg, Raum 2115.

**Bezirksverordnetenversammlung (BVV)**

Die nächste öffentliche BVV-Sitzung findet am Mi. 18.09. und 23.10.2013, 17 Uhr, im Rathaus Schöneberg, BVV-Saal statt.

## Flugfeld-See gefährdet Tempelhofer Feld

Ein finsterer Vorgang: Das Genehmigungsverfahren soll weit fortgeschritten sein, an der Öffentlichkeit vorbei. Auch die BVV Tempelhof-Schöneberg wurde von dem Bezirksamt nicht unterrichtet.

Recherchen der Initiative 100% Tempelhofer Feld brachten ans Licht, dass mit dem See eine Umgestaltung von über der Hälfte des Feldes beplant wird. Der Erdaushub von bis zu 6 Metern Tiefe soll zu einem großen Wall rund um den See aufgeschüttet werden. Für die umfänglichen Bauarbeiten sollen rund 50% der Parkfläche mit Bauzaun abgetrennt und gesperrt werden.

Viele Fragen zu dem Vorgang liegen im Finsternen:

- Die Funktion des Sees als "Regenrückhaltebecken" scheint nicht haltbar. Belastetes Abwasser muss anders "entsorgt" werden. Das riesige Volumen und die Verdunstungsfläche des Sees werden dazu führen, dass er zu Beginn und fortlaufend mit Frischwasser zu versorgen ist.

- Die großflächigen Aufschüttungen verändern tiefgreifend den Park, vernichten bestehende Naturräume und verändern die Klimafunktion.
- Der tiefe Aushub von wahrscheinlich belastetem Boden (jahrzehntelange Flughafennutzung / Tankvorgänge) kann zu langfristigen Risiken bei der Bodensanierung führen, mit erheblichen Einschränkungen der Parknutzung.

DIE LINKE in der BVV hat daher eine (erste) Große Anfrage (Drs. 0784) eingebracht, die am 18.9. in der BVV behandelt wird. Dabei geht es insbesondere auch darum, wie der planungsrechtliche Ablauf war, wie Genehmigungsbehörden des Bezirks das Problem bewerten, wieso der Vorgang ohne Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern durchgezogen wird (Baubeginn im Herbst?) und warum das laufende Volksbegehren dabei übergangen wird?

*BV H. Gindra*

## Wahlkampf 2013: Momente und Bewegung



### Tag der Mahnung 8. September 2013

Kundgebung um den antifaschistischen Erinnerungsort, die Kohlenhandlung von Annedore und Julius-Leber zu bewahren.



Danach: Fahrradkorso der Antifaschistischen Initiative Moabit zum Tempelhofer Feld.



### 1.9.2013 Azize Tank auf dem Straßenfest in der Schöneberger Crellestraße

Die Direktkandidatin der LINKEN in Tempelhof-Schöneberg kam mit künftigen Wählerinnen und Wählern ins Gespräch, die sich im Rahmen der Berlin-weiten U18-Wahl über die Konzepte der Parteien informieren und die Kandidat/innen kennen lernen wollten. Azize Tank machte sich außerdem beim Kuchen-Verkauf nützlich. Der Erlös kommt der Klasse 9c des Rückert-Gymnasiums für ihre Klassenfahrt zugute.

# Kiez-Spaziergang mit Gregor Gysi



**19. August 2013: Azize Tank, Direktkandidatin für DIE LINKE in Tempelhof-Schöneberg, führte Gregor Gysi, Chef der Linksfraktion im Bundestag, durch Nord-Schöneberg.** Gysi und Tank besuchten mehrere Initiativen und informierten sich über aktuelle Auseinandersetzungen im

Kiez. Der Kiez-Spaziergang begann am Stadtteilverein Schöneberg und führte am umstrittenen Baugrundstück Crellestraße 22A vorbei zu Harmonie e.V. und Treff 62 in der Katzlerstraße und weiter zur Kita im Pallaseum. Unterwegs führten Gysi und Tank Gespräche mit Schöneberger Gewerbetreibenden. Trotz strömenden Regens fand Gregor Gysis Besuch großen Zuspruch. Bis zu 100 Schönebergerinnen und Schöneberger schlossen

sich dem Spaziergang an. Zum Abschluss wurden Gregor Gysi, Azize Tank und rund 50 weitere SpaziergängerInnen im Restaurant Baba Angora hervorragend bewirtet. DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg dankt Baba Angora und den Schöneberger Initiativen für ihre Gastfreundschaft.

## Für die Interessen der Mehrheit – am 22. September DIE LINKE wählen!

Endlich wird der unverantwortliche Personalabbau bei der Bahn zum öffentlichen Thema, wenn auch offensichtlich zu spät. Die Bahnkunden in Mainz, wie zuvor schon die Fahrgäste der Berliner S-Bahn, baden die Folgen von Privatisierungs- und Börsen-Wahn aus. DIE LINKE war die erste und leider für lange Zeit auch die einzige Kritikerin dieser falschen Politik.

Endlich wird in Deutschland über den Mindestlohn diskutiert. Vor 10 Jahren haben SPD und Grüne in der Agenda 2010 den umfassendsten Angriff der Nachkriegszeit auf die Löhne in Deutschland gestartet – mit Unterstützung von Union und FDP. Ausweitung von Leiharbeit und Niedriglohnssektor waren die Folge. Altersarmut ist die Perspektive für viele Betroffene. Die PDS und danach DIE LINKE haben dieser Politik von Beginn an ihren Widerstand entgegengesetzt.

Immer mehr Menschen wollen den Zockereien an der Börse einen Riegel schieben und die Banken für die Bewältigung der von ihnen angerichteten Probleme an den Finanzmärkten heranziehen. Das will auch DIE LINKE. Sie hatte von Anfang an davor gewarnt, was passiert, wenn der Finanzmarkt dereguliert wird. Lange standen wir mit unserer Kritik alleine.

Einige haben von der neoliberalen Politik der letzten 15 Jahre profitiert: z.B. die Versicherungskonzerne, denen dank Riester-Rentenreform ein Teil unserer Altersvorsorge zufließt. Sie haben sich dafür bei SPD und Grüne mit üppigen Spenden bedankt. Z.B. die Superreichen, Groß-Erben und Konzernbesitzer, die massiv von den rotgrünen

Steuerreform profitierten. Z.B. die Banken, die in der Finanzmarkt-Krise darauf bauen konnten, dass die Finanzminister Steinbrück und danach Schäuble für sie die Kohlen aus dem Feuer holen – zulasten der Steuerzahler. Sie haben Steinbrück sein Entgegenkommen mit dicken Vortragshonoraren vergütet.

DIE LINKE hat als starke Opposition viel dazu beigetragen, dass diese Themen heute viel kritischer diskutiert werden, dass die Frage der Wohlstandsverteilung auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das hat die öffentliche Debatte verändert. Das verbuchen wir als Erfolg. Aber Vorsicht: Noch sind keine praktischen Konsequenzen umgesetzt worden. Noch gibt es keinen Mindestlohn. Noch gibt es kaum wirksame Regulierungen an den Finanzmärkten. Und die FDP schließt aus der Mainzer Bahnkrise, die Bahn müsse noch viel schneller an die Börse gebracht werden.

Was also tun? Wenn sich die Interessen der Mehrheit durchsetzen sollen, müssen die Parteien, die von Banken, Versicherungen, Industriekonzernen geschmiert werden, abgewählt werden. Erst kürzlich wurde die aktuelle Spenderliste veröffentlicht. Industriespenden fließen sechsstellig in die Wahlkämpfe von Union, FDP und SPD. DIE LINKE erhält keine solchen Spenden. Wir würden sie auch nicht annehmen. DIE LINKE ist die einzige Partei, die nur ihren Wählern verpflichtet ist. Deshalb können Sie sich darauf verlassen, dass DIE LINKE auch nach der Wahl Ihre Interessen vertritt.

*Alexander King*



# Von wegen gute "BerlinArbeit"

## – Dilek Kolats Arbeitsmarktpolitik in der Sackgasse

Verständlich ist, dass Berliner Linke nach dem Ende des rot-roten Senats vor allem auch den sozial engagierten Arbeitssenatorinnen Heidi Knake-Werner und Carola Bluhm nachtrauerten. Beiden war die Integration aller BerlinerInnen eine Herzensangelegenheit und ihr Engagement hatte über Jahre hinweg dafür gesorgt, dass Langzeiterwerbslose nicht ganz so schnell ihre angestammte Wohnung aufgeben mussten und zumindest teilweise im ÖBS (dem ‚Öffentlichen Beschäftigungssektor‘) wieder eine sinnvolle Aufgabe fanden. Die von der PDS bzw. der LINKE initiierten Projekte stellten sich dabei bewusst dem repressiven Bundestrend der üblichen Armutsverwaltung entgegen und nutzten alle landespolitisch möglichen Spielräume im Interesse der Betroffenen, um eine Bezahlung von mindestens 1.300 € zu garantieren.

Skeptisch waren nach dem Antreten des SPD-CDU-Senats 2011 nicht nur Linke, ob die neue Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat von der SPD, den ÖBS als arbeitsmarktpolitischen Standard fortführen würde.

Seit diesem Frühjahr ist die Skepsis nun einer tiefen Enttäuschung gewichen, denn nun geschieht das krasse Gegenteil. Nicht nur wurde – wie befürchtet – der ÖBS übereilt beerdigt, sondern Senatorin Kolat hat unter dem Kürzungsdruck von Finanzsenator Nußbaum auch noch die beiden letzten sinnvollen Arten geförderter Beschäftigung ad absurdum geführt.

In Berlin wurden neben den substanzlosen 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten, die leider noch immer  $\frac{3}{4}$  der derzeit rund 20.000 TeilnehmerInnen in Beschäftigungsmaßnahmen ausmachen, die potentiell ausbaufähige ‚Bürgerarbeit‘ und die im letzten Jahr neu geschaffene ‚Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV)‘ auf eine Bezahlung von 975 € abgesenkt. Damit bleiben sie selbst hinter der bundesweit möglichen Ausgestaltung zurück.

Doch wie kommt man auf den kärglichen Lohn von 975 €? Ganz einfach: Trotz Vergabegesetz mit Mindestlohn von 7,50 € erklärt man die übliche Qualifizierung und Betreuung zur freiwilligen Angelegenheit jedes Einzelnen, der nur 30 Stunden arbeiten, aber 40 Stunden kommen soll. Damit entlastet man den Landeshaushalt auf Kosten der dort Beschäftigten, die dabei kaum mehr Geld zur Verfügung haben als zuvor als Grundsicherungs-Empfänger.

Wie ein Hohn wirkt es dabei, dass die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen auf ihrer Internetseite als Grundsatz auch noch verkündet: „Insgesamt lässt sich das Land Berlin von dem Grundsatz leiten, dass es immer besser ist, Arbeit und Qualifizierung statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.“

Die von Kolats Senatsverwaltung groß propagierte „Strategische Neuausrichtung der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik des Landes

Berlin“ für 2011 bis 2016 unter der einfältigen Bezeichnung ‚BerlinArbeit‘ bleibt dagegen nebulöse Selbstbeweihräucherung im Dunstkreis platter Selbstverständlichkeiten.

Ihr Eckpunktepapier nennt vier Ziele, nämlich „die Zahl der Erwerbslosen in Berlin zu senken, Gute Arbeit als Grundprinzip durchzusetzen, Berlin zu einem TOP-Standort mit guten Fachkräften weiter zu entwickeln und das Zusammenspiel der Akteure zu verbessern, um die Wirksamkeit der Mittel zu erhöhen.“

Das erste Ziel, Erwerbslose wieder in Arbeit zu integrieren, ist schon immer Aufgabe der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit gewesen, die sich realistischerweise an dem Problem von fast 400.000 Arbeitssuchenden in Berlin orientiert und nicht an dem verharmlosenden Bestand von im Juni 2013 208.000 offiziell gemeldeten Arbeitslosen, bei dem MaßnahmeteilnehmerInnen u.a. Gruppen automatisch aus der Statistik fallen. ‚Gute Arbeit als Grundprinzip durchsetzen‘ klingt gut, geht aber an der Berliner Realität von oft prekären Löhnen, zunehmender Arbeitshetze und Arbeitsplatzunsicherheit als hohle Phrase vorbei.

Umso schlimmer, wenn die Senatsverwaltung gerade in dem Bereich geförderter Beschäftigung, in dem sie tatsächlich mitbestimmen kann, auch noch die bisherigen Bedingungen verschlechtert. Für den Top-Standort für Top-Fachkräfte sorgt die Wirtschaft dagegen schon selbst mit internationaler Suche nach Akademikern und Experten, die nach Berlin zuziehen und damit zugleich die Situation auf dem Wohnungsmarkt verschärfen. Aus Berlin selbst kommen dabei die allerwenigsten, wie eine entsprechende Fachkräftestudie aufgezeigt hat.

Und mit wem will Senatorin Kolat die Kooperation verbessern? Laut der Konzeption ist es „ein wesentliches Anliegen von BerlinArbeit „... die Zusammenarbeit insbesondere mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit und den Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie innerhalb der Berliner Verwaltung zu intensivieren.“

Auch dabei ist kein neuer Ansatz erkennbar, bildet doch das Land Berlin bereits seit Jahresbeginn 2011 eine Trägerversammlung mit der Regionaldirektion. Und bei aller Kritik an der Berliner Landespolitik gibt es bereits seit Jahrzehnten Kooperation mit Wirtschaftsvereinigungen, Gewerkschaften und Sozialverbänden und auch die Zusammenarbeit verschiedener Verwaltungseinheiten ist nicht so innovativ wie erhofft.

Dagegen könnte die eigentliche Innovation noch in diesem Monat von den BürgerInnen kommen, indem sie bei der Bundestagswahl am 22. September die christdemokratisch-neoliberalistische Bundesregierung abwählen und durch Wahl der LINKE dafür sorgen, dass es im Bereich der Arbeitsmarktpolitik endlich zu einem Neuanfang kommt.

Im Wahlprogramm der LINKE heißt es dazu u.a.: „Die Massenerwerbslosigkeit kann nur reduziert werden, wenn zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden und die Arbeitszeit gerecht verteilt wird. Eine Arbeitsmarktpolitik, die die Ursache der Erwerbslosigkeit bei den Erwerbslosen selbst sucht, kann daher nur scheitern.“

Auch das klingt nicht revolutionär neu, ist aber nötiger denn je, weil die Entwicklung der letzten Jahre gerade in eine Richtung ging, die keine Probleme löst: in die gleiche Sackgasse, in die auch Dilek Kolat und ihre Senatsriege unterwegs sind.

*Franz-Josef Paulus*



**DIE LINKE hat am 28.9. auf einer Kundgebung vor der US-Botschaft neben dem Brandenburger Tor gegen den drohenden Überfall auf Syrien protestiert.**

In einer kurzen Rede warnte der Parteivorsitzende der LINKE, Bernd Riechinger, die Bundesregierung davor, mit stündlich immer neuen Meldungen in ein Kriegsgeschrei gegen Syrien einzustimmen. „Es wäre eine fatale Fehlentscheidung, wenn sich Deutschland im Wissen um die Präsenz deutscher Truppen in der Region, da hineinziehen lässt. Wir rufen alle Menschen auf, gegen diesen Krieg und gegen eine deutsche Beteiligung daran zu protestieren. Im Moment zählen alle besonnenen Stimmen doppelt. Wir appellieren deshalb an die Vernunft aller Beteiligten, auch hier in Deutschland.“

# Mieter in Marienfelde kämpfen um ihre Rechte



Antikriegstag: 1. 9. 2013  
"Hände weg von Syrien  
und Iran!", Brandenburger  
Tor.



10. 9. 13. U18-Wahl für  
Kinder und Jugendliche,  
zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis  
81.



Ver.di-KEA-Aktion

Seit 2011 und bis 2016 werden in Marienfelde (Waldsassener Straße und Tirschenreuther Ring) 15 Gebäude (über 2500 Wohnungen) energetisch saniert und Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt. Ebenso wird asbesthaltiges Baumaterial entfernt. Seit der Zeit häuft sich bei vielen Bewohnern der Ärger über die Art der Durchführung selbst sowie über den Umgang mit ihnen. Einige Mieter wandten sich an DIE LINKE, um auf die Probleme öffentlichkeitswirksam hinzuweisen und Druck auf die Degewo zur Behebung der Missstände auszuüben. In mehreren Mieterversammlungen, die mit Unterstützung der LINKEN durchgeführt wurden, und einer Fragebogenaktion wurden die Sorgen der Mieter bekannt. Es sind nicht nur gravierende Mieterhöhungen, die einige Mieter nicht mehr tragen können. Besonders belastend seien die Instandsetzungen der Wohnungen selbst. Die Mieter berichteten von Pfusch- und Mängelarbeiten und von unverhältnismäßigem Lärm und Schmutz, dem sie ausgesetzt waren. Nur wenige bekamen eine Umsetzwohnung, und diejenigen, die eine hatten, empfanden diese vorübergehende Bleibe als Zumutung. Mit den entstandenen Schäden in vielen Wohnungen waren die Mieter alleine gelassen. Völlig entnervt versuchten sie zum Teil selbst die Mängel auf eigene Kosten zu beheben, bevor sie ungelernete Hilfskräfte nochmals in ihre Wohnung gelassen hätten, wobei möglicherweise noch mehr Schaden entstanden wäre. Von der Degewo wurden viele Betroffenen völlig im Stich gelassen; sie fühlten sich abgewimmelt, vertröstet oder psychisch unter Druck gesetzt, wenn sie sich beschwerten.

In den wenigsten Fällen sind die Mieter mit den Instandsetzungsarbeiten zufrieden, sie wollen einfach nur noch ihre Ruhe haben. Auch bei der Asbestbeseitigung, die einige Mieter betraf, ging die Degewo anscheinend wenig umsichtig vor. Eine Mieterin berichtete beispielsweise von losen und beschädigten Vinyl-Asbest-Platten, die im Tirschenreuther Ring in einem Mietercafe umherlagen und erst nach einer Mitteilung der LINKEN an das Gesundheitsamt beseitigt wurden. Über 2000 Wohneinheiten sind von Flex-Platten und asbesthaltigem Kleber betroffen. Alle asbesthaltigen Materialien hat beziehungsweise will die Degewo noch entfernen lassen (Kleine Anfrage von DIE LINKE von Juni 2013). Aber welchen Schutz haben die Mieter dabei, wenn nicht alle eine Umsetzwohnung bekommen? Das Risiko der Belastung mit dem krebserregenden Stoff und Unsicherheit bleiben bei den Mietern zurück. Die allgemeinen Forderungen der Mieter sind: Erlass einer zweiten Bruttomonatsmiete wegen der allgemeinen massiven Bauphasenzeit-Überschreitung, zeitnahe, termintreue Behebung aller vorgetragenen Baumängel, Schäden und Diebstahl müssen vom Verursacher übernommen werden, Kompensation der zusätzlichen Belastungen aus den Umsetzzeiten und für unzumutbare Nutzung mobiler Sanitäranlagen. Die Degewo als öffentliches Wohnungsunternehmen sollte eigentlich vorbildlich handeln und im Interesse der Mieter sich ihrer sozialen Verantwortung stellen.

*Elisabeth Wissel*

## Vergabegesetz lässt zu wünschen übrig

In einer Kleinen Anfrage (Drs. 89) von DIE LINKE sollten verschiedene Fragen zur Umsetzung im Bezirk des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes, das im Juli 2010 von der rot-roten Regierung beschlossen worden war, beantwortet werden.

In dem Gesetz geht es u. a. um Tariftreue und Mindestsicherung, Kontrolle, Sanktionen, umweltverträgliche Beschaffung und Frauenförderung. Offensichtlich wurde dieses Gesetz nur halbherzig angegangen und vieles verläuft nach Treu und Glaube, denn Kontrollen wurden noch nicht eingeführt, wie es in der Beantwortung im August 2013 heißt. Somit ist dann auch die Möglichkeit, bei Zuwiderhandlungen von Sanktionen Gebrauch zu machen, nicht angewandt worden. Das ist auch ein Personalproblem – ein weiteres Beispiel dafür, wie sich die Sparpolitik im Bezirk auf die Durchsetzungsfähigkeit der Verwaltung auswirkt. Nach dem Gesetz wurden im Jahr 2012 500 und 2011 rund 550 Vergabeverfahren berücksichtigt, wobei

Rahmenzeitverträge hierbei nicht mitgezählt wurden. Aber gerade bei Zeitverträgen, die in allen Branchen immer mehr salonfähig geworden sind, wäre es nötig, den vorprogrammierten Missbrauch auszuschließen. Auch Firmen mit Alt-Verträgen bleiben unberührt. Im Extremfall bedeutet dies für eine Küchenhilfe, die Essen für die Schulspeisung zubereitet, weiterhin die Aufstockung beim JobCenter, damit ihre eigenen Kinder am Schulessen teilnehmen können. Bezeichnend ist auch, dass bei Arbeitnehmer/innen, die monatlich weniger als 500 Euro verdienen, keine Datenerhebung erfolgt. Nicht nur gibt es hier keine Transparenz, es ist auch letztendlich dem Arbeitgeber überlassen, ob er bei diesen Entgelten die Standards einhält. Die Erfassung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgt nicht, denn anscheinend will man es gar nicht so genau wissen, ob die Anwendung des Gesetzes erfolgreich ist. Es werden damit wieder einmal mehr den Arbeitgebern willfährig Schlupflöcher offen gehalten,

es mit der Anwendung nicht so genau zu nehmen. Bei länderübergreifenden Leistungen herrscht ebenfalls Willkür, denn bei diesen gilt für „die Vergütung das Ortsprinzip der Erbringung der Leistung“. Das heißt, der billigste Anbieter kommt zum Zug. Das unterläuft die Intention, die das Vergabegesetz eigentlich hatte. Fazit ist, dass das Gesetz von Grund auf überarbeitet werden muss, aber bitte unter Ausschluss jeglicher Lobbyisteneinflüsterung.

*Elisabeth Wissel*

# Linke Strategien gegen die neoliberale EZB

**Gegenwärtig beschleunigt sich die autoritäre Stabilisierung des Euro: 2014 soll die Kontrolle der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedsländer auf die EZB übergehen. Wie kann diese Entdemokratisierung in der EU gestoppt und umgekehrt werden? Die Revision des Lissabon-Vertrags, ja die Neugründung der EU auf Grundlage des Willens der Völker (Stichwort "verfassungsgebende Gewalt") ist der einzige progressive Ausweg.**

Auf der diesjährigen Sommerakademie der Europäischen Linken in Porto (3.-7.07.2013) kritisierten Referenten wie der finnische Linke Antti Roka-inen während eines mehrstündigen Seminars über die Europäische Zentralbank (EZB) die Struktur und Arbeitsweise der unabhängigen EZB, welche zweifelsohne die mächtigste Zentralbank weltweit sei und ein "Klassenkriegsinstrument" darstelle – sie müsse in eine öffentliche, demokratisch kontrollierbare Bank umgewandelt werden, wozu die Änderung des

Europäischen Vertragsrechts nötig ist. Die Vortragenden hoben hervor, dass das von der BRD übernommene EZB-Dogma der Inflationsbekämpfung lediglich zwei Ziele verfolge: erstens die Kosten für die Produktionsmittel so niedrig wie möglich halten und zweitens das Ansteigen der Löhne verhindern. Eine öffentliche Kontrolle des Kredits, die mit der Einheitlich Europäischen Akte (EEA, 1986) und definitiv mit dem Vertrag über die Europäische Union (EUV, Maastricht, 1992) aufgehoben war, wurde von Antti Rokainen zurückgefordert (seit der EEA, deren Ziele im EUV zu Unionsrecht wurden, hat sich die Europäische Integration zur vollständigen Liberalisierung des Waren- und Kapitalverkehrs verpflichtet). Zudem forderte er eine Aufsicht über und Koordinierung der Investitionsflüsse innerhalb der EU. Auch diese Kapitalströme sind seit 1992 vollständig liberalisiert und zudem ist die Devisenkontrolle und die Kreditbeschränkung in der EU seit den 1990er Jahren im Rahmen der Umsetzung des EUV endgültig abgeschafft worden. Als Maßnahme zur Umsetzung empfiehlt er nationale Referenden zur Regulierung der Kapitalverkehrsfreiheit.

Mariana Mortágua vom *Bloco de Esquerda* (Linksblock Portugals) hob hervor, dass eine finanzielle Stimulierung oder auch ein öffentliches Investitionspaket in den südeuropäischen Ländern keine unmittelbare strukturelle Verbesserung bringen würde, dass zusätzlich eine neuartige ökonomische Kooperation durchgesetzt werden müsse (z.B. ähnlich dem kooperativen Handel unter den ALBA-Ländern). Sie betonte, dass der linke Slogan "Löhne in der BRD erhöhen" zu kurz greife, da dies nur ein erster Schritt hin zur grundlegenden Umgestaltung der sozialen

Produktionsbedingungen auf nationaler sowie europäischer und globaler Ebene sein könne.

Ebenso wie der Lissabon-Vertrag müssen auch die demokratisch fragwürdigen, außerhalb des europäischen Vertragsrechts angesiedelten völkerrechtlichen Instrumente Finanzpakt und ESM annulliert werden und verbindliche Obergrenzen für Handelsüberschüsse festgesetzt werden. Bernd Riexinger erklärte hierzu im ND (10.5.13): "Die öffentliche Kreditaufnahme muss von der Diktatur der Finanzmärkte befreit werden"; er ist für eine "Direktfinanzierung durch eine zu gründende öffentliche europäische Bank." Die Regulierung der Finanzmärkte, Verbot riskanter Spekulationsgeschäfte, Verkleinerung sowie Vergesellschaftung der Banken und Umbau des Bankensystems sind schnellstmöglich in die Tat umzusetzen.

All dies ist nur im Rahmen eines verfassungsgebenden Prozesses von unten möglich. Ein solcher konstituierender Prozess der europäischen Völker würde auch eine dringend erforderliche EU-weite Vermögensabgabe für reiche Privathaushalte sowie einen EU-weit nach nationalen Gegebenheiten variierenden, gesetzlichen Mindestlohn ermöglichen. Weiter ist eine innere Aufwertung auf dem Bundesgebiet vonnöten, welche wegen der Gemeinschaftswährung nur durch massive Lohnerhöhungen möglich ist.

Eine mögliche Strategie zur Umsetzung eines Wandels in die genannte demokratisierende Richtung wäre eine südwesteuropäische Initiative, wie sie in Deutschland MdB Michael Schlecht angestoßen hat (vgl. M. Schlecht, "Frankreich am Scheideweg", August 2013) oder wie sie Julian Müller andeutete<sup>[1]</sup>. Dieser Ausweg wird auch von Südeuropäern wie dem Philosophen Mimmo Porcaro unterstützt. Frankreich soll gemäß seinen nationalen und sozialpolitischen Interessen (Paris hat den höchsten absoluten Mindestlohn in der EU) einen grundlegenden Umbau des Währungssystems anführen. Gewiss befindet sich Hollande gegenwärtig in einer neokolonialen Kampagne in Afrika und demnächst wohl auch im Nahen Osten; ein innen- und außenpolitischer Kurswechsel würde enormen Druck vom Front de Gauche (Linksfrent) sowie von der Straße benötigen.

*Tobias Baumann*

[1] [www.zeitschrift-luxemburg.de/zur-linken-debatte-um-einen-ausstueg-aus-dem-euro/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/zur-linken-debatte-um-einen-ausstueg-aus-dem-euro/)



## **Queer. Macht. Politik. Für eine konsequent soziale und tolerante Gesellschaft**

Homo-Ehe, rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft, bald auch das Adoptionsrecht. Aktuell ist viel erreicht worden, was an Forderungen der Queer Communities unter den Nägeln brannte. Doch das Buch von Barbara Höll, Klaus Lederer und Bodo Niendel bleibt nicht in der Euphorie über bereits erreichte Fortschritte und Ziele stecken. Pointiert und wissenschaftlich belegt, mit einem ausgeprägten geschichtlichen Bewusstsein geben sie einen Ausblick, was an Aufgaben auf linke Politik in Sachen Queer- und Gleichstellungspolitik in Zukunft zukommt. Obwohl die Autoren zugeben, dass bestimmte Themen wie zum Beispiel Trans\* und Intersexualität und die internationale Lage von Queers nicht behandelt werden konnten, bekommt man einen ziemlich genauen Blick dafür, warum nur mit der LINKEN soziale und tolerante Politik möglich ist, die nicht an den eigenen Gartenzäunen endet, sondern immer wieder voller Neugier und Engagement den Blick über den Tellerrand wagt.

*Carolin Behrenwald*



## DIE LINKE.

Tempelhof - Schöneberg  
Bezirksgeschäftsstelle:

Feurigstr. 68,  
10827 Berlin  
Öffnungszeiten:  
Di. u. Do: 11 - 18 Uhr  
Fr: 11 - 15 Uhr  
Telefon: 21 99 71 40  
Fax: 217 29 26  
e-Mail: bezirk@die-linke-tempelhof-schoeneberg.de

Webseite:  
www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

## Termine in der Roten Insel

### Mitgliederversammlung:

Telefonisch erfragen  
Bezirksvorstand

25.09., 20 Uhr

### Basisorganisationen:

#### BO Schöneberg

Telefonisch erfragen

#### BO Tempelhof

Telefonisch erfragen

#### BO Arbeit-Soziales

30.09., 19 Uhr

#### BO Migration und

#### Antirassismus

Telefonisch erfragen

#### Arbeitskreis

#### Kommunales (AKK)

siehe bitte S. 3

### Sondertermine:

#### Inselgespräche

Telefonisch erfragen

#### Jobcenter-Tag

Telefonisch erfragen

#### Wahlaktiv

25.09., um 18.30 Uhr

Abschlusskundgebung

20.09. Alexander Platz



22.09. Bundestagswahl



Liebe Leserin, lieber Leser,  
eines ist sicher, egal wer nach dem 22. September mit wem regiert: Je stärker

DIE LINKE, desto sozialer und friedlicher das Land. Die Praxisgebühr, von der LINKEN von Anfang an bekämpft, ist mittlerweile Geschichte. Abgehakt. Wir wollen noch mehr abhaken: Mindestlohn endlich einführen, Steuergerechtigkeit wieder herstellen, die Bundeswehr aus Afghanistan zurückziehen, das Rentenniveau wieder anheben, die unmenschlichen Hartz-IV-Sanktionen abschaffen, die milliardenschwere Bankenrettung zulasten der Steuerzahler beenden. Es ist noch viel zu tun, um wieder mehr Gerechtigkeit in unserem Land zu schaffen. Und glauben Sie mir: Wenn wir es nicht gemeinsam vorantreiben, tut's keiner. Deshalb werbe ich um Ihre Stimme für DIE LINKE am 22. September. Azize Tank, Direktkandidatin für DIE LINKE in Tempelhof-Schöneberg

Zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis 81, Tempelhof-Schöneberg

Erststimme		Zweitstimme	
<b>2</b>	<b>Partei DIE LINKE</b>		<b>2</b>
	Wahlkreiskandidat/in		<b>DIE LINKE</b>
	<b>Tank, Azize</b>		Dr. Gregor Gysi, Petra Pau, Dr. Gesine Löttsch, Stefan Liebich, Halina Wawzyniak

## Mieter-Aufruf: Gentrifizierung - Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert!

DIE LINKE als kleine Partei in einem großen Bezirk kann nicht überall sein. Wir wollen aber herausfinden, in welchem Umfang und mit welchen Methoden sich Ihre Nachbarschaft verändert. Warum Mieter mit kleinem Einkommen wegziehen müssen und sich die sogenannte „Aufwertung“ von Kiezen breit macht.

Deswegen bitten wir Sie um Informationen: Wo werden aufwändige Sanierungen geplant, verbunden mit der Ankündigung erheblicher Mietsteigerungen? Wo werden ganze Häuser „leergezogen“ um grundzusanieren und anschließend in Eigentumswohnungen umzuwandeln? Wo werden Wohnungen zu Ferienwohnungen umgewandelt oder bereits als solche genutzt? Wo werden die weitgehenden Mieterhöhungsspielräume extrem ausgenutzt? Wo werden Wohnungswechsel zu extremen Mieterhöhungen genutzt? Wo müssen Hartz-IV-

Haushalte Wohnungen räumen, weil sie eine Aufforderung des JobCenters erhielten, ihre Mietkosten zu senken?

Wir wollen Ross und Reiter nennen, weil wir nicht nur aus nüchternen Statistiken die Änderung der Lebensumstände von so vielen Menschen in unserem Bezirk bewerten wollen. Wir wollen diese Erfahrungs- und Wissenssammlung in politische Initiative umsetzen: krasse Fälle öffentlich machen, die Vernetzung und den Widerstand unterstützen und im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene parlamentarische Initiativen anstoßen.

### Helfen Sie uns dabei!

Mieter-Notrufe an: Mi. 15-17 Uhr: 902 77 48 98

Per E-Mail an [Linke.BVV.TS@googlemail.com](mailto:Linke.BVV.TS@googlemail.com)

oder per Post an: DIE LINKE, Feurigstraße 68, 10827 Berlin

### Flüchtlingsberatung

Di. 11 Uhr und

ALG 2 Beratung

Di. 13 Uhr mit

Klaus Jürgen Dahler  
in der Roten Insel



**Impressum** Herausgeber: DIE LINKE Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Redaktion: DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg, Konto: 525 607 806, Berliner Bank, BLZ: 100 708 48, Erscheinungsweise: 10-12x jährlich Auflage: 1.000 Exemplare, V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Carsten Schulz, Layout: Grace Irazoque, Druck: Bunter Hund; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/r Autors/In wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirksvorstandes. **Textabgabe-Termin ist jeden 15. des Monats**, für die September Nummer war sie am 15.08.2013., **September Schlussredaktion**: 28.08.2013., **Oktober 2013 Planung**: 28.08.2013 und **Oktober-Schlussredaktion**: 26.09.2013 nur nach Absprache! Diese Nummer erscheint auch **online** voraussichtlich am 12.09.2013, in Druckversion erscheint sie am 14.09.2013.

[http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die\\_lupe/](http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/)